

FlüchtlingsRAT NRWe.V.

Newsletter **August 2016**

Liebe Leserinnen und Leser!

„Ich bin froh, dass die Grenzen erst mal dicht sind“. Es ist eine befremdliche Aussage, die Nordrhein-Westfalens Ministerpräsidentin Hannelore Kraft da im Interview mit dem WDR Mitte Juli zu Protokoll gab. Zwar können wohl viele, die sich haupt- oder ehrenamtlich in der Flüchtlingsarbeit engagieren, die Erleichterung darüber nachvollziehen, dass die Telefone nicht mehr täglich im Minutentakt klingeln und Hilfsorganisationen, Behörden und Beratungsstellen nun wieder mehr als eine absolute Notversorgung leisten können. Doch es ist eine trügerische Ruhe, die jetzt eingekehrt ist. Denn während in NRW die Flüchtlingszahlen seit Jahresbeginn um rund 75 Prozent zurückgegangen sind, hat die Zahl der Menschen auf der Flucht weltweit einen neuen Höchststand erreicht. Während in NRW mittlerweile wieder viele Notaufnahmeeinrichtungen geschlossen werden, fristen Millionen Flüchtlinge in griechischen und türkischen Flüchtlingslagern ein Dasein unter menschenunwürdigen Bedingungen. Während Behörden und Politikerinnen in NRW aufatmen, weil der Landweg zwischen Griechenland und Deutschland inzwischen wieder hermetisch abgeriegelt ist, riskieren und verlieren wieder täglich Menschen ihr Leben auf der ungleich gefährlicheren Mittelmeerroute. Deshalb können wir – bei allem Verständnis für die Sachzwänge der Politik – die Freude der Ministerpräsidentin nicht teilen.

Wenn Ihr einen Artikel in diesem Newsletter kommentieren, kritisieren oder loben wollt oder den Newsletter nicht mehr erhalten möchtet, schreibt einfach eine E-Mail an die Adresse [initiativen\(at\)fnrw.de](mailto:initiativen(at)fnrw.de).

Neue Angebote für Ehrenamtliche in den Kommunen

Mit einem neuen Projekt zur Stärkung ehrenamtlicher Strukturen bietet der Flüchtlingsrat NRW e.V. Ehrenamtlichen, die sich für kommunal untergebrachte Flüchtlinge engagieren, kostenlos Schulungen und Workshops zu flüchtlings- und asylrelevanten Themen an. Als neue Referentin fördert Julia Gorlt zudem die Stärkung ehrenamtlicher Strukturen durch die Organisation und Begleitung von Vernetzungstreffen und Thementagen. Darüber hinaus finden Interessierte unter www.fnrw.de in der Rubrik Initiativen/Ehrenamt nun eine umfassende Broschüren-Sammlung, die wertvolle Informationen zu flüchtlings- und asylrelevanten Themen, interkultureller Verständigung und vielen weiteren Themen bereitstellt.

Unser Schulungsangebot wird fortlaufend ausgebaut und umfasst derzeit folgende Bereiche:

- Basis-Seminar Asylrecht
- Interkulturelle Kompetenz
- Umgang mit traumatisierten und besonders schutzbedürftigen Flüchtlingen
- Öffentlichkeits- und Lobbyarbeit
- Formalia der Vereinsgründung und Versicherungsfragen im Ehrenamt
- Coaching-Seminar: Wie organisiere ich meine Flüchtlingsinitiative - auch wenn es mal nicht so gut läuft?

Gruppen und Initiativen, die sich schwerpunktmäßig für kommunal untergebrachte Flüchtlinge engagieren und sich für das Seminarprogramm interessieren, können sich unter der E-Mail-Adresse ehrenamt_kommune@frnrw.de melden.

Projekt-Flyer zu den Schulungsangeboten (PDF, 0,2 MB)

Flüchtlingsrat sucht künstlerische Mitgestaltung für Veranstaltungen

Die Mitgliederversammlungen des Flüchtlingsrats NRW finden sechs Mal pro Jahr statt. Es wird nicht nur aus den Geschäften des Vereins berichtet, vielmehr noch finden themenbezogene Vorträge statt und es wird diskutiert und sich ausgetauscht. In diesem Rahmen möchten wir Interessierten eine Ausstellungsfläche sowie ein tolles Publikum für künstlerische Werke bieten und so Initiativen, Aktive und geflüchtete Künstler unterstützen. Deshalb suchen wir Initiativen, die gemeinsam mit Geflüchteten Fotos, Musik oder Texte erstellen, Personen, die sich kreativ und künstlerisch mit dem Thema Flucht beschäftigen und Geflüchtete, die Fotos machen, Texte schreiben und/oder Künstler sind. Kurzum: Wir suchen künstlerische Werke, die sich lohnen, gezeigt zu werden!

Wenn Ihr Interesse habt, unsere Mitgliederversammlung künstlerisch mitzugestalten, kontaktiert uns über die E-Mail-Adresse info@frnrw.de oder unter der Telefonnummer 0234 – 5873156. Unser nächster Termin ist der 3. September 2016.

Macht mit, meldet euch! Wir freuen uns, Euch hier mit einer Ausstellungsfläche und einem tollen Publikum unterstützen zu können und freuen uns noch viel mehr, neue, spannende Projekte kennenzulernen. Bitte beachtet, dass die Räumlichkeiten unserer Mitgliederversammlungen die Ausstellungsfläche natürlich eingrenzen und so die individuelle Gestaltung im Rahmen der Kapazitäten besprochen werden muss.

Vorrangprüfung auch im Ruhegebiet abschaffen!

Flüchtlinge, die sich noch im Asylverfahren befinden oder deren Asylantrag abgelehnt wurde, haben oft nur eingeschränkten Zugang zum Arbeitsmarkt. Wenn sie einen Arbeitsplatz finden, wird zunächst geprüft, ob nicht eine Deutsche, eine EU-Ausländerin oder eine andere vorrangig Berechtigte die Stelle ebenfalls übernehmen könnte. Dieses Verfahren bezeichnet man als Vorrangprüfung.

Flüchtlingsorganisationen kritisieren diese Regelung seit Jahren als diskriminierend und integrationshemmend.

Das vor einigen Wochen in Kraft getretene Integrationsgesetz erlaubt es den Bundesländern nun, die Vorrangprüfung in einzelnen Bezirken oder im gesamten Bundesland auszusetzen. Davon hat die nordrhein-westfälische Landesregierung Gebrauch gemacht und vielen Flüchtlingen den Zugang zum Arbeitsmarkt damit erleichtert – ein Schritt, den der Flüchtlingsrat NRW ausdrücklich begrüßt. Doch ausgerechnet im Ruhrgebiet, der bevölkerungsreichsten Region des Landes, soll nach den Plänen der Landesregierung alles beim Alten bleiben. Hier werden sich Flüchtlinge also auch in Zukunft der Vorrangprüfung stellen müssen.

Der Flüchtlingsrat NRW kritisiert diese Entscheidung: „Arbeit ist einer der wichtigsten Schritte zu nachhaltiger Integration“, schreibt der Verein in einer Pressemitteilung. Flüchtlinge dagegen für mindestens 15 Monate vom Arbeitsmarktzugang auszuschließen, kann nicht im Sinne der Integration und des neuen Integrationsgesetzes sein“. Birgit Naujoks, Geschäftsführerin des Flüchtlingsrats NRW mahnt das Ministerium für Arbeit, Integration und Soziales, vorausschauende Lösungen zu finden um Arbeitslosigkeit und damit Abhängigkeit von Sozialleistungen vorzubeugen. Für Flüchtlinge sei dabei der erste wichtige Schritt die Abschaffung der Vorrangprüfung – auch im Ruhrgebiet. „Die rechtlichen Möglichkeiten sind dafür auf Bundesebene geschaffen worden, die Umsetzung liegt nun in den Händen der Landesregierung!“

Flüchtlingsrat NRW fordert: Vorrangprüfung auch im Ruhrgebiet abschaffen!

Landesregierung lässt tausende Duldungen prüfen

25 Jahre lang lebten die aus Serbien stammenden Eheleute Nedjmija und Ramadan Aliju in Essen. Ihr Asylantrag war bereits Anfang der 1990er Jahre abgelehnt worden, doch wegen einer Erkrankung, die im Herkunftsland nicht hätte behandelt werden können, erhielt die Familie eine Duldung. Nun, nach mehr als zwei Jahrzehnten, wurde das Ehepaar abgeschoben. Über das Schicksal des 20-jährigen Sohns der Familie, der in Deutschland geboren und aufgewachsen ist, soll jetzt eine Härtefallkommission entscheiden.

Geschichten wie die der Familie Aliju, über die das Online-Portal „Der Westen“ Ende Juli berichtete, kamen in den vergangenen Jahren immer wieder vor. Doch ihre Zahl wird zunehmen. Bereits Mitte Juni hat die nordrhein-westfälische Landesregierung in einer Pressemitteilung angekündigt, die Zahl der Abschiebungen in diesem Jahr zu verdoppeln. Wenige Tage später forderte das Innenministerium die kommunalen Ausländerbehörden in einem Rundschreiben dazu auf, bestehende Duldungen zu überprüfen, denn in tausenden Fällen seien die Duldungsgründe mittlerweile entfallen. Diese Maßnahme betrifft insbesondere Geduldete aus den Balkanländern. Da sämtliche Westbalkanstaaten mittlerweile als „sichere Herkunftsstaaten“ eingestuft wurden, sei davon auszugehen, „dass dort weder politische Verfolgung noch unmenschliche oder erniedrigende Bestrafung oder Behandlung stattfinden“, so das Ministerium. Außerdem zeigten sich die betreffenden Länder bei der Aufnahme abgeschobener Flüchtlinge äußerst kooperativ und hätten sich verpflichtet, den „speziellen Bedürfnissen“ besonders schutzbedürftiger Personen „Rechnung zu tragen“. Das unausgesprochene Fazit des Rundschreibens: Es gibt keine Gründe, abgelehnte Asylsuchende aus den Balkanländern weiter in NRW zu dulden. Wer nicht freiwillig geht, soll abgeschoben werden. Bei der Organisation der Abschiebungen sollen die Kommunen Unterstützung

vom Land erhalten. Eine eigens eingerichtete Koordinationsstelle soll „Unterstützungsleistungen bei der Rückführung wie Flug- und Transportmanagement bündeln und den Kommunen als zentraler Ansprechpartner für verschiedene Rückkehrfragen zur Verfügung stehen.“ Flüchtlinge und ihre Unterstützerinnen können sich also in den nächsten Wochen und Monaten auf eine regelrechte Abschiebungsoffensive einstellen.

Insgesamt leben nach Auskunft der Landesregierung derzeit rund 44.000 Geduldete in NRW, davon 23.554 aus der Balkan-Region. Eine Duldung erhalten Flüchtlinge, deren Asylantrag abgelehnt wurde, die aber aus unterschiedlichen Gründen nicht in ihr Herkunftsland zurückkehren können – etwa weil es keine sicheren Reisewege gibt, weil sie aus gesundheitlichen Gründen flugunfähig sind oder weil für eine Abschiebung notwendige Papiere fehlen. Geduldete haben einen stark eingeschränkten Zugang zu Arbeit, Ausbildung und Sozialleistungen und leben manchmal über Jahrzehnte hinweg unter diesen prekären Bedingungen. Zum Teil sind Geduldete bereits in Deutschland geboren und kennen ihr „Heimatland“ nur aus den Erzählungen ihrer Eltern. Flüchtlingsorganisationen fordern seit langem, dass der Gesetzgeber langjährig Geduldeten ein gesichertes Bleiberecht einräumen und ihnen Integrationsperspektiven eröffnen muss.

Der Westen: Roma-Ehepaar nach 25 Jahren nach Serbien abgeschoben (24.07.2016)

Rundschreiben „Ausreisepflichtige Ausländer in Nordrhein-Westfalen“ (21.06.2016, PDF, 0,4 MB)

Pressemitteilung des Flüchtlingsrats NRW: „Weitere Abschiebewelle verhindern!“ (01.08.2016)

Flüchtlingsfrauen auf Aktionstour

Seit Ende Juli sind die Aktivistinnen der Gruppe „Women in Exile“ wieder unterwegs. Drei Wochen lang reisen die Mitglieder der Brandenburger Flüchtlingsfrauengruppe durch ganz Deutschland und machen mit Vorträgen und öffentlichen Aktionen auf die Situation von geflüchteten Frauen und Kindern aufmerksam. Außerdem wollen die Aktivistinnen Flüchtlingsunterkünfte besuchen und sich mit lokalen Flüchtlingsinitiativen vernetzen. Auch in Nordrhein-Westfalen machen die Flüchtlingsfrauen Halt. Für den 2. und 3. August sind Aktionen in Köln geplant.

Women in Exile: Bustour 2016

Integrationsplan für NRW muss weiter warten

Eigentlich sollte er noch vor der Sommerpause im Juli und August verabschiedet werden, nun kann der Integrationsplan der Landesregierung wohl doch erst im Herbst den Landtag passieren. Bereits Ende Februar hatten die Landtagsfraktionen von SPD und Grünen einen Entwurf vorgelegt, der eine „gelingende Integration von Flüchtlingen“ sicherstellen sollte. Die Regierungsfaktionen wollen unter anderem den Umfang der verpflichtenden Integrationskurse von 60 auf 100 Stunden erhöhen, neue Betreuungsplätze für Flüchtlingskinder schaffen, sozialen Wohnungsbau ausbauen und ehrenamtliche Flüchtlingshelferinnen stärker unterstützen. Ende April fand eine öffentliche Anhörung im Landtag statt, bei der zahlreiche Organisationen und Behördenvertreterinnen zum Entwurf der Landesregierung Stellung nehmen konnten. Die Diakonie Rheinland-Westfalen-Lippe

wies in ihrer Erklärung darauf hin, dass derzeit bis zu 150.000 Flüchtlinge in NRW leben, die noch keinen Asylantrag stellen konnten und schon deshalb von fast allen Integrationsmöglichkeiten ausgeschlossen blieben. Von vornherein gering seien auch die Integrationschancen von Flüchtlingen aus Ländern mit vermeintlich geringer Bleibeperspektive. Für die Zukunft forderte die Diakonie, dass vor allem im Bereich der Schulbildung, der Sprachförderung und des Arbeitsmarktzugangs mehr investiert werden müsse, um eine gelingende Integration sicherzustellen. Der Deutsche Gewerkschaftsbund betonte in seiner Stellungnahme, dass ein sicherer Aufenthalt Voraussetzung für nachhaltige Integration sei. Deshalb müssten Flüchtlinge die Möglichkeit erhalten, unmittelbar nach ihrer Einreise einen Asylantrag zu stellen, der dann auch zügig bearbeitet werde. Um die integrationspolitischen Herausforderungen zu meistern, müsse vor allem im Bildungsbereich neues Personal eingestellt werden. Indes ist der Versuch von SPD und Grünen, auch die anderen Landtagsfraktionen für den Integrationsplan zu gewinnen, gescheitert: Die FDP erklärte Mitte Juli, mit Rot-Grün sei „keine gemeinsame Integrationspolitik machbar“. Von den Regierungsfractionen habe es in den Diskussionen keinerlei Entgegenkommen gegeben.

WDR: Laue Debatte über Integrationsplan (03.03.2016)

WDR: Wie gelingt die Flüchtlingsintegration in NRW wirklich? (27.04.2016)

Oxfam: Reiche Staaten müssen mehr Flüchtlinge aufnehmen

Die internationale Hilfsorganisation Oxfam fordert, dass die reichen Staaten sich stärker für den Flüchtlingsschutz engagieren müssen. „Die sechs größten Volkswirtschaften, die die Hälfte der globalen Wirtschaftskraft ausmachen, nehmen weniger als neun Prozent der weltweiten Flüchtlinge auf“, schrieb die Organisation in einer Mitte Juli veröffentlichten Pressemitteilung. „Der Großteil findet in wirtschaftlich sehr viel schwächeren Ländern Zuflucht“. Nach Berechnungen von Oxfam beherbergen die Vereinigten Staaten, China, Japan, Deutschland, Frankreich und Großbritannien insgesamt nur 2,1 Millionen Flüchtlinge, was 8,8 Prozent der Flüchtlinge weltweit ausmacht. Über die Hälfte aller Flüchtlinge lebe in Jordanien, der Türkei, Pakistan, dem Libanon, Südafrika und in den palästinensischen Gebieten. Deutschland steche zwar unter den Wirtschaftsriesen positiv hervor, könnte aber trotzdem erheblich mehr schutzbedürftige Menschen aufnehmen und andere Aufnahmeländer finanziell stärker unterstützen, so Oxfam. Nach Angaben des Flüchtlingskommissariats der Vereinten Nationen, auf die sich die Berechnungen von Oxfam stützen, lag die Zahl der Flüchtlinge und Asylsuchenden im vergangenen Jahr weltweit bei rund 24 Millionen. Hinzu kommen etwa 41 Millionen Binnenvertriebene, also Menschen, die innerhalb ihres Heimatlands auf der Flucht sind.

Oxfam: Die sechs reichsten Staaten nehmen weniger als neun Prozent aller Flüchtlinge auf (18.07.2016)

Termine

27.08.2016: Fachtagung „Was Menschen zur Flucht bewegt“. 11.00 Uhr, Alte Feuerwache, Melchiorstraße 3, Köln.

Weitere Informationen unter www.boell.de

05.09.2016: Vortrag „Argumente gegen Stammtischparolen“. 19.00 Uhr, Wichernhaus, Marktstiege 9, Mönchengladbach.

Weitere Informationen unter www.philippus-akademie.de

13.09.-04.10.2016: Schulung „Deutsch als Fremdsprache (Fortgeschrittene)“. Vier Termine, jeweils dienstags um 18.00 Uhr, Haus des Kirchenkreises Gladbach-Neuss, Hauptstraße 200, Mönchengladbach.

Weitere Informationen unter www.philippus-akademie.de

14.09.-05.10.2016: Schulung „Deutsch als Fremdsprache (Neueinsteiger)“. Vier Termine, jeweils mittwochs um 18.00 Uhr, Haus des Kirchenkreises Gladbach-Neuss, Hauptstraße 200, Mönchengladbach.

Weitere Informationen unter www.philippus-akademie.de

27.09.2016: Vortrag „Flüchtlingsarbeit konkret“. 9.30 Uhr, Haus Landeskirchliche Dienste, Graf Recke-Straße 209, Düsseldorf

Weitere Informationen unter www.philippus-akademie.de

30.09.2016: Austausch- und Vernetzungstreffen der nordrhein-westfälischen Grünen zum Thema „Integration und Asylrecht in NRW gestalten“. 15.00 Uhr, Landtag, Platz des Landtags 1, Düsseldorf.

Weitere Informationen unter www.monika-dueker.de

29.10.2016: Verleihung des Ehrenamtspreises des Flüchtlingsrates NRW. 15.30 Uhr. Kulturzentrum Zeche Carl, Wilhelm-Nieswandt-Allee 100, Essen.

Weitere Terminhinweise, flüchtlingspolitische Nachrichten und Informationen über unsere Arbeit findet Ihr auf unserer Homepage www.fnrnw.de und auf unserer Facebook-Seite

<http://www.facebook.com/FluechtlingsratNRW>.

* Der Vorstand des Flüchtlingsrats NRW hat beschlossen, künftig in allen Publikationen des Vereins das generische Femininum zu verwenden. Das bedeutet, dass wir in Fällen, in denen das biologische Geschlecht der bezeichneten Personen oder Personengruppen nicht feststeht oder keine für das Verständnis der Aussage relevante Bedeutung hat, ausschließlich die weibliche Bezeichnung verwenden.

Flüchtlingsrat NRW e.V. – Wittener Straße 201 – 44803 Bochum

www.fnrnw.de

V.i.S.d.P.: Birgit Naujoks, c/o Flüchtlingsrat NRW e.V., Wittener Straße 201, 44803 Bochum